

AMIS-AFFÄRE | Hochspannung um Auslieferung der Hauptverdächtigen Täglich trudeln bei Staatsanwalt dutzende Privatanschlüssenlagen ein

Hochbetrieb statt Weihnachtsferien gibt es derzeit bei der Wiener Staatsanwaltschaft. In Zusammenhang mit der AMIS-Affäre, bei der 16.000 Anleger 70 Millionen € verloren haben sollen, trudeln dort „täglich dutzende Privatbeteiligungsanschlüsse“ ein, wie Staatsanwalt Georg Krakow im Gespräch mit dem WirtschaftsBlatt bestätigt: „Allein über Weihnachten waren es mehr als 100.“

Dazu käme noch „eine ähnlich hohe Zahl, die direkt bei Gericht eingebracht“ würden, „sowie solche, bei denen Anwälte gleich mehrere Man-

danten vertreten“. Insgesamt dürfte es bis dato geschätzt „an die 1000 Privatbeteiligungsanschlüsse“ geben.

Bei den Ermittlungen selbst muss noch restlos geklärt werden, wohin die verschundenen Gelder tatsächlich geflossen sind. Klar sei nur, dass der überwiegende Teil im ersten Schritt als „Phantasieprovision verbucht“ worden sei. Die Staatsanwaltschaft ist bei ihren Ermittlungen auch auf die Unterstützung von Behörden in Liechtenstein, Luxemburg und Deutschland angewiesen, wo es Fonds bzw. Tochterfirmen gab. Wichtige

Aufschlüsse gab es von Ex-AMIS-Vorstand Thomas Mitter, der kurz vor Weihnachten auf Grund seiner Kooperation mit der Behörde aus der U-Haft entlassen wurde.

Bei den zwei Hauptverdächtigen, Diemar Böhrmer und Helmut Lordl, die in Venedig in Auslieferungshaft sitzen, ist hingegen weiter unklar, ob sie nach Österreich überstellt werden. „Die Entscheidung obliegt dem dortigen Obersten Gerichtshof, und wir haben keine Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen“, sagt Krakow, der dennoch „positiv gestimmt“ ist, dass es

zu einer Auslieferung kommt. Dies sei unbedingt nötig, denn ohne eine Einvernahme der beiden kann keine Anklage erhoben werden.

BBAG-Verfahren steht

Der Aufwind in der AMIS-Affäre habe zudem zur Folge, dass das zweite prominente Verfahren, das Krakow leitet – die BBAG-Insideraffäre – mehr oder weniger steht. Zwar seien die Ermittlungen beendet, der Vorhabensbericht ans Justizministerium aber noch nicht übermittelte und auch noch nicht entschieden, ob es eine Anklage geben wird. (gf)



Staatsanwalt **Georg Krakow** versucht zu klären, wohin die verschwundenen Anlegergelder tatsächlich geflossen sind

AMIS-AFFÄRE II

Luxemburg lässt AMIS-Fonds liquidieren

In der Anlage-Affäre um das insolvente Wiener Finanzdienstleistungskonglomerat AMIS (16.000 Kunden, 145 Millionen € Investmentgelder) geht es jetzt ans Eingemachte.

Vor kurzem hat ein Luxemburger Gericht einen Liquidator für die AMIS Sicav-Fonds eingesetzt, um diese „bestmöglich zu verwerten“. Das bestätigt Klaus Grubelnik, Sprecher der österreichischen Finanzmarktaufsicht, gegenüber dem WirtschaftsBlatt. Die Kostenfrage und alles weitere sei mit dem Liquidator zu klären, heisst es in einem Schreiben der Luxemburger Finanzaufsicht CSSF. „Es entwickelt sich alles so, wie wir es erwartet haben“, sagt Lukas Aigner, AMIS-Experte der Wiener Anwaltskanzlei Kraft & Winternitz. „Der Liquidator wird sich aber hüten, an jemanden auszuzahlen, der nicht hundertprozentig sein Recht ausweist.“ Nachsatz: „Wir gehen davon aus, dass das Geld nicht in den österreichischen Konkurs der AMIS Financial Consulting fällt.“ Denn bei den Geldern handelt es sich nach Expertenansicht um so genanntes Sonder- bzw. Aussonderungsvermögen.

Geld nur gegen Nachweis

AMIS-Anleger, die direkt auf ein Konto der Luxemburger Depotbank IBL/Sella eingezahlt haben, werden laut Aigner wenig Nachweis-Probleme haben. Die Bank sei in Kenntnis, wer die Einzahlungen tätigte. „Ein Problem gibt es dort, wo die Anleger an den Treuhänder gezahlt haben“, sagt Anwalt Aigner. Der Liquidator könnte argumentieren, dass es sich nicht feststellen lässt, ob der Treuhänder das Geld tatsächlich überwiesen hat.“ Die Klärung dieser Ansprüche wird nur bei Gericht erfolgen können. (km)